

## A n t w o r t

des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)  
– Drucksache 17/791 –

### Amtshilfe bei Abschiebungen durch die Bundeswehr

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/791** – vom 25. August 2016 hat folgenden Wortlaut:

Für Abschiebungen sind grundsätzlich die Bundesländer zuständig. Der Bund fordert allerdings schon seit Langem, dass abgelehnte Asylbewerber schneller und in größerer Zahl als bislang in ihre Heimat zurückgeführt werden müssten. Dabei sollen die Länder nun unterstützt werden, unter anderem auch durch die Hilfe der Bundeswehr.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen haben sich die kommunalen Ausländerbehörden im Land Rheinland-Pfalz mit anderen Bundesländern zusammengesetzt, um abgelehnte Asylbewerber abzuschicken (bitte aufgliedert für die Jahre 2014, 2015 und 2016)?
2. Wie viele geduldete Personen halten sich zurzeit in Rheinland-Pfalz auf (bitte aufgliedert nach Staatsangehörigkeiten)?
3. Hat das Land Rheinland-Pfalz zwischenzeitlich die Bundeswehr um Amtshilfe gebeten, um Flugzeuge für die Abschiebung zur Verfügung zu stellen? Wenn nein, warum nicht?
4. Hat das Land Rheinland-Pfalz zwischenzeitlich die Bundespolizei um Amtshilfe gebeten bei der Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern? Wenn nein, warum nicht?

Das **Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. September 2016 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1, 3 und 4:

Wir verweisen auf die Antwort der Landesregierung zu den Einzelfragen 1, 3 und 4 der Kleinen Anfrage 3974 vom 18. Dezember 2015 (Drucksache 16/6088 vom 19. Januar 2016) sowie auf die diesbezüglichen Vorbemerkungen.

Zu Frage 2:

Die Zahl der zum Stichtag 31. Juli 2016 geduldeten Personen (aufgliedert nach Staatsangehörigkeiten) ist der Anlage zu entnehmen.

Ein Rückschluss auf die Zahl der vollziehbar ausreisepflichtigen Personen kann daraus nicht gezogen werden, da Duldungen auch als Ersatzdokumente ausgestellt werden, wenn noch keine Gelegenheit bestand, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Asylantrag zu stellen.

Anne Spiegel  
Staatsministerin

## Anlage zu Frage 2

In Rheinland-Pfalz aufhältige Ausländerinnen und Ausländer im Besitz einer Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung nach § 60 a AufenthG (Duldung)

Staatsangehörigkeit	Anzahl		Anzahl
Afghanistan	2.026	Malaysia	1
Ägypten	76	Mali	4
Albanien	312	Marokko	18
Algerien	30	Mauretanien	2
Angola	3	Mauritius	1
Äquatorialguinea	4	Mazedonien	424
Argentinien	2	Montenegro	17
Armenien	311	Neuseeland	1
Aserbaidshan	232	Nigeria	43
Äthiopien	8	Norwegen	2
Bahrain	4	Ohne Angabe	29
Bangladesch	1	ohne Bezeichnung	1
Benin	1	Pakistan	332
Bosnien und Herzegowina	202	Peru	2
Brasilien	1	Polen	28
Bulgarien	10	Rumänien	3
China	28	Russische Föderation	242
El Salvador	1	Saudi Arabien	9
Eritrea	156	Senegal	2
Gambia	2	Serbien	615
Georgien	122	Serbien (ehemals)	22
Ghana	15	Serbien und Montenegro (ehemals)	29
Guinea	27	Sierra Leone	12
Honduras	1	Somalia	372
Indien	36	Sonstige afrikanische Staatsangehörigkeiten	2
Irak	197	Sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	20
Iran, Islamische Republik	464	Sonstige europäische Staatsangehörigkeiten	5
Israel	2	Sowjetunion (ehemals)	6
Italien	2	Sri Lanka	7
Jemen	1	Staatenlos	40
Jordanien	8	Südafrika	1
Jugoslawien (ehemals)	102	Sudan (ehemals)	2
Kamerun	6	Sudan (ohne Südsudan)	2
Kasachstan	5	Syrien, Arabische Republik	2.695
Kenia	6	Tadschikistan	1
Kirgisistan	13	Thailand	1
Kolumbien	1	Togo	4
Kongo	1	Tunesien	10
Kongo, Dem. Republik	4	Türkei	75
Korea (Republik)	1	Uganda	1
Korea, Dem. Volksrepublik	1	Ukraine	27
Kosovo	637	Ungeklärt	171
Kroatien	30	Vereinigte Staaten von Amerika	8
Kuba	1	Vietnam	22
Kuwait	30	Weißrußland	3
Libanon	58	Zentralafrikanische Republik	14
Liberia	1	Gesamt	10.514
Libyen	3		
Litauen	1		

Quelle: Ausländerzentralregister, Stichtag 31.07.2016